

Die zehn Gebote der Sicherheitspolitik

Autor(en): **Schilling, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **186 (2020)**

Heft 5

PDF erstellt am: **17.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-880760>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die zehn Gebote der Sicherheitspolitik

Wer es unternimmt, in der aktuellen Sicherheitspolitik der Regierungen führender westlicher Länder nach einem realitätsnahen Leitfadens für das eigene Handeln zu suchen, wird in der Regel enttäuscht. Fast durchwegs wird man bei dieser Suche zum Ergebnis kommen, dass eine sachlich korrekte Orientierung fehlt und zahlreiche sicherheitspolitische Entscheidungen ad hoc getroffen werden.

Walter Schilling

Dieses Phänomen fällt mit Blick auf die deutsche Sicherheitspolitik besonders auf, es lässt sich aber auch bei anderen westlichen Ländern beobachten. So hielt die Vorgehensweise der westlichen Führungsmacht USA in der internationalen Politik nicht erst seit dem Beginn der Präsidentschaft von Donald Trump für erfahrene Analysten manche Überraschung bereit. Schon die gravierende Fehleinschätzung der Rolle des politischen Islam in der Nahost-Politik von US-Präsident Barack Obama und dessen Drängen auf den Abschluss eines höchst fragwürdigen Atomabkommens mit dem Mullah-Regime im Iran belegen, wie sehr es in westlichen Staatskanzleien an sorgfältiger und realitätsnaher Analyse mangelt. Das Vorgehen der US-Regierung im Konflikt mit Russland um die politische Ausrichtung der Ukraine und die Annexion der Halb-

die US-Regierung nichts. Die Kündigung wichtiger Verträge zur Rüstungskontrolle durch die USA brachte sicherheitspolitisch keinen Nutzen. Und dem entschlossenen militärischen Engagement Moskaus in Syrien hatte Washington wenig entgegenzusetzen. Lediglich gegenüber dem aggressiven Ausgreifen des Mullah-Regimes im Iran im gesamten Nahen Osten und dessen feindseliges Handeln gegen Israel setzte Trump neue Massstäbe, die sich an der Realität orientieren.

Münchener Sicherheitskonferenz

Die Schwierigkeiten westlicher Länder, zu sinnvollem sicherheitspolitischem Handeln zu finden, sind nicht zuletzt in den Reden und Diskussionen der 56. Münchener Sicherheitskonferenz Mitte Februar 2020 deutlich geworden. Schon die Eröffnungsrede des deutschen Bundespräsidenten enthielt eine Reihe von Passagen, die nicht die Realität im internationalen System widerspiegeln. So behauptete er, dass die USA unter der Ägide von Trump der «Idee einer internationalen Gemeinschaft eine Absage erteilt» hätte und sich weitgehend «aus wichtigen Regionen zurückziehe». Richtig wäre vielmehr, dass die derzeitige Führung der westlichen Weltmacht die «nationalen Interessen» der USA und die Rolle des «Multilateralismus» anders definiert als ihre Vorgänger und sie ihre Bündnispartner, vor allem in Europa, zu einer fairen Lastenteilung auffordert. Zwar ist diese Forderung nicht grundsätzlich neu. Entsprechende Debatten gab es im westlichen Bündnis schon in den frühen 70er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Nun aber richtet die US-Administration in Washington ihre Sicherheitspolitik sehr viel stringenter an dieser Prämisse aus und duldet nicht länger die bequeme Attitüde des Trittbrettfahrens mancher Bündnispartner. Auch die Klage des deutschen

Bundespräsidenten, wonach «uns der Rückzug ins Nationale in eine Sackgasse führe», geht an der Wirklichkeit des internationalen Systems und der internationalen Politik vorbei. Die Nationalstaaten sind und bleiben die bestimmenden Handlungseinheiten der Politik. Die Sicherheitspolitik ist dabei keine Ausnahme. Der Bundesrepublik Deutschland wird letztlich keine andere Wahl bleiben, als sich in diese Welt einzufügen. In diesem Zusammenhang wird es nicht

«Von den führenden Politikern sollte man erwarten, dass sie ihre Entscheidungen nach bestem Wissen auf der Grundlage sachlich fundierter Analysen treffen.»

ausreichen, die angeblich «bedeutende Rolle Europas» in vielen Reden zu betonen, vom hohen moralischen Standpunkt aus Ratschläge zu erteilen, Regierungen anderer Länder zu kritisieren und die eigene Regierung zu grösserem Engagement in der internationalen Sicherheitspolitik aufzufordern.

Westliche Gesellschaften verändern sich

Gewiss müssen wir mit Blick auf den Wandel der weltweiten Korrelation der Kräfte beachten, dass sich auch die Gesellschaften in den westlichen Ländern im Laufe der vergangenen drei Jahrzehnte sehr stark verändert haben. Die pazifistischen Grundströmungen vor allem in Europa, die ausgeprägte Abneigung gegenüber dem professionellen, militärisch



Haben keinen Platz in einer ernsthaften Sicherheitspolitik!

Bild: SRG

insel Krim weisen uns einmal mehr darauf hin, dass weitreichende sicherheitspolitische Entscheidungen gelegentlich ohne fundierte Begründungen getroffen werden. Obamas Nachfolger im Amt des US-Präsidenten machte es mit Blick auf die Sicherheitspolitik gegenüber Russland nicht besser. Mit der Fortsetzung der Sanktionen gegenüber Russland erreichte



Meinungsfreiheit trägt zum Frieden in der Gesellschaft bei. Bild: Berner Zeitung

unterlegten Sicherheitsdenken und die zunehmende Fragmentierung der westlichen Gesellschaften bilden in der Tat grosse Hindernisse. Hinzu kommt, dass zahlreiche Nichtregierungsorganisationen in den westlichen Ländern eigene Interessen verfolgen und die Sicherheitspolitik zu bestimmen suchen, ohne ein demokratisch vermitteltes Mandat hierfür zu haben.

Wie schwierig es in der gegenwärtigen Epoche insbesondere für Deutschland erscheint, die vielfältigen Herausforderungen zu definieren, die eigenen Interessen zu formulieren und eine konsistente Sicherheitspolitik mit klarem Bezug zur realen Welt zu betreiben, ist unter anderem bei den Bemühungen deutlich geworden, die Migrationskrise zu lösen, das Verhältnis innerhalb des westlichen Bündnisses sinnvoll zu steuern und die Beziehungen zu Russland zweckmässig zu gestalten. Hier haben die politischen Entscheidungsträger und ihre Berater in Berlin höchst fragwürdige Verhaltensweisen eingeschlagen, die grundlegende sicherheitspolitische Massstäbe und Erfahrungen ignorierten und nicht nur dem eigenen Land, sondern auch den Nachbarstaaten grosse Probleme bereiteten.

In fast allen Bereichen der deutschen Sicherheitspolitik gibt es erhebliche Schwierigkeiten, den Herausforderungen der realen Welt gerecht zu werden; zudem fehlt es ihr an der nötigen intellektuellen Durchdringung und materiellen Substanz, um erfolgreich handeln zu können. Von den führenden Politikern des Landes und ihren Beratern sollte man eigentlich erwarten, dass sie ihre Entscheidungen nach bestem Wissen auf der Grundlage sachlich

fundierter Analysen treffen. Doch insbesondere in Deutschland ist das anders. Hier folgt man eher den an der fragwürdigen Ideologie der «politischen Korrektheit» orientierten gesellschaftlichen Gruppen und dem entsprechenden «medialen Mainstream».

Handlungsrichtlinien

Wenngleich die allgemeinen Verpflichtungen der Regierung – auch mit Blick auf die Sicherheit des Landes und seiner Bürger – in verschiedenen Artikeln der Verfassung niedergelegt sind, ergeben sich für die konkrete Sicherheitspolitik Deutschlands eine Reihe von Handlungsrichtlinien. Diese dürften im Prinzip auch für andere westliche Länder gelten. Sie lassen sich auf der Grundlage eines umfassenden Sicherheitsbegriffs und der realen Welt in den nachfolgenden zehn Geboten zusammenfassen:

Erstes Gebot: Die Staatsführung soll die internationale Lage korrekt beschreiben und deren Weiterentwicklung erkennen.

Zweites Gebot: Die Staatsführung soll die nationalen Interessen klar definieren und vor dem Hintergrund der internationalen Lage dynamisch fortschreiben.

Drittes Gebot: Die Staatsführung soll die nationalen Machtquellen zielstrebig entwickeln.

Viertes Gebot: Die Staatsführung soll sich darum bemühen, wirtschaftliche Sicherheit, soziale Sicherheit und militärische Sicherheit herzustellen und zu bewahren sowie ein hochentwickeltes In-

strumentarium der Diplomatie zu unterhalten.

Fünftes Gebot: Die Staatsführung soll für den Zusammenhalt und den Frieden in der Gesellschaft sorgen.

Sechstes Gebot: Die Staatsführung soll die Bestimmungen der Verfassung und der Gesetze beachten und durchsetzen.

Siebtes Gebot: Die Staatsführung soll ihr gesamtes Handeln auf eine einleuchtende Idee gründen.

Achstes Gebot: Die Staatsführung soll die Machtquellen des Landes auf der Grundlage einer klar formulierten Strategie klug anwenden.

Neuntes Gebot: Die Staatsführung soll danach streben, in allen Situationen das Gesetz des Handelns zu bestimmen.

Zehntes Gebot: Die Staatsführung soll ihre Sicherheitspolitik auf den Frieden ausrichten und für den Einsatz der Streitkräfte eine Kultur der Zurückhaltung wahren.

Wankende Grundlagen der Stabilität

Wer diese zehn Gebote der Sicherheitspolitik beachtet, wird in der Regel mit seinen Vorgehensweisen Erfolg haben. Dies gilt erst recht in einer Epoche, in der die Grundlagen der Stabilität im internationalen System wanken und die Attraktivität der westlichen Länder abnimmt. Mit wohlfeilen Reden und dem Appell zur Übernahme von grösserer Verantwortung in der komplizierter gewordenen Welt, wie sie zum Beispiel im Rahmen der 56. Münchner Sicherheitskonferenz Mitte Februar 2020 präsentiert wurden, wird man die Sicherheit der westlichen Länder nicht garantieren können. Der machtpolitische Aufstieg Chinas und Russlands, das selbstbewusste Vorgehen islamistischer Regime und die zunehmende Herausforderung durch den internationalen Terrorismus zwingen die westlichen Länder dazu, die eigene Macht zu entwickeln und klug anzuwenden. Auf den durchdringenden und besorgniserregenden Wandel im internationalen System nur mit einer deskriptiven und kommentierenden Sicherheitspolitik zu antworten, wird nicht ausreichen. ■



Oberst i Gst a D
Walter Schilling
Dr. phil.
Freier Publizist
D-82418 Murnau